



Grüner Rundbrief

Bündnis 90/Die Grünen, Kreisverband Reutlingen
www.gruene-reutlingen.de

Liebe Leserinnen und Leser,

mit unserem zweiten Kreisrundbrief im Jahr 2018 wollen wir euch in gewohnter Manier über die Arbeit Grüner Akteure aus dem Kreis Reutlingen informieren.

Beate Müller-Gemmeke MdB widmet sich in ihrem Bericht dem Thema Hartz IV und die Zukunft der sozialen Sicherung. Thomas Poreski MdL erörtert die Frage wie Wahrscheinlich die Gründung eines Stadtkreis Reutlingen ist.

David Allison berichtet von der Forderung der Grünen Kreistagsfraktion, nach einer konsequent fairen Beschaffung des Landkreises.

Für die kommende Kommunalwahl ist es sicherlich von Vorteil, dass wir mit Cindy Holmberg ein Vorstandsmitglied aus dem Kreis bei der kommunalpolitischen Vereinigung der Grünen in Baden-Württemberg (Grüne und Alternative in den Räten, GAR) haben.

Mit der neuen Rubrik „Unsere Alternative“ möchten wir den Begriff der „Alternative“ wieder positiv besetzen – dieses Mal werfen wir einen Blick auf einen Onlinedienstleister.

Ein Beitrag der Reutlinger Gemeinderatsfraktion gibt einen breiten Überblick über deren derzeitige Arbeitsschwerpunkte.

Eine sehr gelungene Pressemitteilung des Tübinger Grünen zu den jüngsten Äußerungen von Boris Palmer möchten wir euch nicht vorenthalten, da wir deren Inhalt teilen und sehr gut finden.

Das Vorstandsgeflüster hat dieses Mal unser Vorstandsmitglied Timo Heimberger beigeuert.

Herzlichen Dank an alle, die sich am Kreisrundbrief beteiligt haben! Meldet euch gerne bei mir, wenn Ihr interessantes aus euren Gremien zu berichten habt und einen Bericht in den Rundbrief einbringen wollt!

Für den Kreisvorstand
 Susanne Häcker

Vorstandsgeflüster

Es sind turbulente Zeiten: In Syrien nimmt das Leid der Bevölkerung kein Ende. Die Kriegsparteien wollen Macht demonstrieren mit Hilfe von Bomben und Raketen und veranschaulichen damit lediglich ihre Ohnmacht und ihre Rücksichtslosigkeit. Ihr Unvermögen Frieden zu schaffen oder auch nur erreichen zu wollen ist deprimierend. Es ist schwer vorstellbar, wie und wann dieses Chaos beendet werden kann. Putin, Trump, Erdogan, Assad. Von keinem dieser Regierungschefs ist eine Friedensinitiative zu erwarten. Im Gegenteil. Es drohen Konflikte zwischen Atommächten.

Wie idyllisch wirkt dagegen das Leben im Ländle. Frei nach Deichkind: Wir haben Kretschmann (Was habt ihr?). Eine grün geführte Regierung steuert das Ländle. Frieden ist eine Selbstverständlichkeit. Und im internationalen Vergleich wirkt sogar der Koalitionspartner nur noch halb so schlimm. Aber wenn ich schon mal am Relativeren bin: die CDU war auch schon mal berechenbarer. Konservative legen doch üblicherweise sehr viel Wert auf Tugenden wie Verlässlichkeit oder Loyalität. Mit diesen Tugenden ist es derzeit nicht weit her beim Koalitionspartner: Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Wahlrechtsreform wird blockiert. Manche Regierungsmitglieder (z.B. Herr Hauk) machen nebenher noch Oppositionsarbeit. Die Zeit in der Opposition war vermutlich einfach zu kurz für eine inhaltliche und personelle Erneuerung. Der CDU ist bei den nächsten Wahlen eine längere Selbstfindungsauszeit zu gönnen.

Apropos Wahlen: Bei der Kreismitgliederversammlung am 09. Mai sind die jährlich stattfindenden Vorstandswahlen. Die meisten der aktiven Vorstandsmitglieder möchten erneut kandidieren. Nicht wieder antreten wird Ana Sautter. Vielen Dank für dein großes Engagement in deiner Zeit im Vorstand. Du wirst uns fehlen mit deinen Ideen und deinen Fähigkeiten im Umgang mit den neuen Medien. Wir hoffen auf ein Wiedersehen im Vorstand.

Für den Kreisvorstand
 Timo Heimberger

Neue Zeiten, neue Antworten

Zum ersten Mal seit langer Zeit wird in unserem Land wieder intensiv über Hartz IV und die Zukunft der sozialen Sicherung diskutiert und daran beteiligen sich auch die Bundespartei und die Bundestagsfraktion. Das wurde auch endlich Zeit, denn Hartz IV ist längst zum Symbol staatlich verordneter Armut und Bevormundung geworden. Wir Grünen haben die Hartz-IV-Gesetze vor fast 15 Jahren mit beschlossen. Aber wir haben sie von Anfang an kritisch begleitet, Verschärfungen abgelehnt und immer wieder Korrekturen gefordert. Gerade deshalb stehen wir jetzt in der Pflicht, aus der Opposition heraus neue Konzepte für eine soziale Grundsicherung und für die Zukunft unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts vorzulegen.



Wir brauchen neue Antworten

Hartz IV schützt nicht vor Armut. Es sind längst nicht nur Erwerbslose, die davon betroffen sind. Mittlerweile gibt es mehr als eine Million Erwerbstätige, die Arbeitslosengeld II beziehen. Zwei Millionen Kinder beziehen Hartz IV-Leistungen. Alleinerziehende trifft es besonders häufig. Die Langzeitarbeitslosigkeit hat sich verfestigt. Hinzu kommt, dass viele, obwohl sie lange in die Rentenversicherung eingezahlt haben, am Ende trotzdem in der Grundsicherung landen. Viele Ältere scheuen die Beantragung der Grundsicherung und vor allem Frauen leben von einer kleinen Rente in verdeckter Armut.

Die Probleme und Herausforderungen haben sich verändert. Lebenswege sind brüchiger geworden, Branchen verändern sich, Digitalisierung und Globalisierung sorgen für einen radikalen Umbruch von Wirtschaft und Gesellschaft. Viele Beschäftigte profitieren längst nicht mehr von guten Tarifen. Und gleichzeitig kämpfen mehr und mehr Soloselbstständige um ihre Existenz. Die Angst vor Abstieg und Armut hat sich bei vielen Menschen festgesetzt und zerstört das Grundvertrauen in unsere Gesellschaft.

Im Mittelpunkt unserer Politik müssen deshalb der Schutz vor Armut und der Mensch mit seiner Würde und Freiheit stehen. Notwendig sind deshalb neue Antworten. In einem ersten Schritt müssen der Regelsatz angehoben, die Sanktionen abgeschafft und die Grundsicherung insgesamt einfacher und unbürokratischer werden, damit die Unterstützung auch wirklich bei allen ankommt. Denn das Recht auf Existenzsicherung ist ein Grundrecht. Gleichzeitig sollten Arbeitssuchende passgenaue individuelle Hilfen erhalten, die ihren Wünschen und Fähigkeiten entsprechen. Dazu gehört auch ein sozialer Arbeitsmarkt, der jenen, die über lange Zeit erwerbslos waren, öffentlich geförderte sozialversicherungspflichtige Arbeit ermöglicht. Und dazu gehört außerdem ein Anspruch auf individuell zugeschnittene Qualifizierung und Weiterbildung. Denn der Standardweg zur Vermeidung von Armut bleibt - zumindest auf absehbare Zeit - gute Arbeit. Und die muss auch fair entlohnt werden.

Es muss mehr gehen!

Die Existenzsicherung ist ein Grund- und Menschenrecht, das sich aus Artikel 1 unseres Grundgesetzes ableitet. Wenn wir im jetzigen System bleiben, stoßen Verbesserungen aber an Grenzen: Wenn wir die Grundsicherung erhöhen, werden noch mehr Menschen Beziehende_innen von Grundsicherungsleistungen: Sie müssen zu einem Amt und müssen sich einer Bedürftigkeitsprüfung unterziehen. Und auch ohne Sanktionen bleibt das grundsätzliche Problem, dass ein Bezug von Grundsicherung stigmatisierend ist. Und auch bei weniger Bürokratie bleibt das Problem der verdeckten Armut. Deshalb ist es richtig, dass heute endlich breit über die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme diskutiert wird. Dabei hat auch der gesellschaftliche Diskurs um die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens an Fahrt aufgenommen. Und das ist gut, denn ein Grundeinkommen kann unbürokratisch vor Armut schützen. Es ist nicht stigmatisierend und ausgrenzend wie Hartz IV.

Das heißt allerdings nicht, dass wir unsere Tradition des Sozialstaates aufgeben sollten. Das Grundeinkommen ist kein Allheilmittel. Im Gegenteil, es macht lediglich das Arbeitslosengeld II obsolet und kann auf keinen Fall alle Sozialleistungen ersetzen. Das Grundeinkommen aber schafft die Voraussetzungen für eine Sozialpolitik auf Augenhöhe. Denn Zusammenhalt in der Gesellschaft heißt, keinen Menschen alleine zu lassen. Und das geht ohne Bevormundung, dafür mit Selbstbestimmung und mit mehr Würde. Wir sollten diese Debatte wagen und den Menschen mehr zutrauen. Und dafür werde ich mich einsetzen.

Der Sommer wird heiß – kommt der Stadtkreis Reutlingen?

75% der Mitglieder des Gemeinderats der Stadt Reutlingen haben sich vor 3 Jahren für eine Herauslösung der Stadt Reutlingen aus dem Landkreis und für die Gründung eines Stadtkreises ausgesprochen. Im Juli 2015 hat die Stadt den Antrag – ein solches Ansinnen erfordert eine Prüfung durch das Land und ein Landesgesetz – dem Innenministerium Baden-Württemberg zugestellt. Dort passierte zweieinhalb Jahre, unter roter wie unter schwarzer Führung, zumindest nichts, was für Außenstehende sichtbar gewesen wäre. Der Landkreis stellte sich mit einem Gutachten auf den Standpunkt, das Land müsse sich mit der Frage sowieso nicht befassen. Dem sind die Regierungsfraktionen aus guten Gründen nicht gefolgt. Um eine Entscheidung in der Sache herbeizuführen, haben Grüne und CDU daher Anfang des Jahres eine Große Anfrage an die Landesregierung formuliert, in der die relevanten Schlüsselfragen formuliert wurden – was erfreulicherweise sowohl von der Stadt, als auch vom Landkreis begrüßt wurde. Seit Ende April liegt nun die Beantwortung durch das Innenministerium vor. Und jetzt ist klar: Die Entscheidung geht in die Zielgerade!



Für die meisten Bürger*innen ist die Auseinandersetzung zweitrangig, denn ihnen geht es um eine gute und bürger*innenfreundliche Verwaltung und eine effiziente Aufgabenerfüllung durch Stadt und Landkreis. Das ist grundsätzlich nachvollziehbar, ebenso wie die öffentliche Kritik an den wahrgenommenen Eitelkeiten der Beteiligten. Andererseits sieht die Gemeindeordnung des Landes eine Stadtkreisgründung ausdrücklich als Möglichkeit vor. Die unterschiedlichen Verwaltungsebenen – Land, Regierungspräsidien, Kreise und Städte/Gemeinde – basieren auf der Idee einer stimmigen Sortierung zwischen zentralen und dezentralen Verantwortlichkeiten. Keine Ebene soll – im Sinne von Effizienz und demokratischer Kontrolle - zu klein und keine zu zentralistisch sein. Verwaltungsstrukturen sind vor diesem Hintergrund nie „sakrosankt“, sondern immer ein Mittel zum Zweck. Sie sind grundsätzlich auch ganz anders vorstellbar. Dennoch sollten sie in sich stimmig sein, und darauf beruft sich die Stadt. Denn alle anderen baden-württembergischen Großstädte über 100.000 Einwohner*innen – und das deutlich kleinere Baden-Baden - sind kreisfrei und damit groß genug Steuerungsaufgaben wahrzunehmen, die ansonsten der Landkreis wahrnimmt. Dies begründet sich auch damit, dass die Aufgabenstellungen in einer Großstadt – Sozialhilfe, Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen, Jugendhilfe inklusive Kinderbetreuung – in einer Großstadt immer grundsätzlich andere sind als in kleineren Kommunen. Diese Souveränität beansprucht jetzt auch die Stadt Reutlingen, zumal sie nach eigenem Bekunden viele dieser Aufgaben bereits wahrnimmt und auch die Lasten trägt.

Der Landkreis führt demgegenüber die vielfältigen Verflechtungen und gewachsene, bewährte und solidarische Strukturen an, die gut funktionieren. Kaum überschaubar sind dagegen die finanziellen Folgen einer Stadtkreisgründung, auch über den Umbau der Verwaltungen hinaus. Während die Stadt heute eine aufgabenbereinigte Benachteiligung reklamiert, verweist der Landkreis auf die Vorteile, welche die Stadt durch seine gebündelte Aufgabenwahrnehmung habe. Die Beantwortung der Großen Anfrage durch das Innenministerium schafft an dieser Stelle zumindest ein wenig Klarheit: Die Stadt hat zweifellos die Fähigkeit, die Aufgaben einer kreisfreien Großstadt zu erfüllen, und der Landkreis wäre ohne die Stadt nicht unter den ärmsten Landkreisen. Und die von ihm reklamierten Verflechtungen und Kooperationen gibt es nicht nur innerhalb des Landkreises, sondern in der ganzen Region - zum Beispiel im Rahmen der Regionalversammlung und der IHK.

Welche Möglichkeiten gibt es nun für das Land? Die auf den ersten Blick einfachste Lösung wäre ein Nein und kein Gesetz. Einfach deshalb, weil der Landkreis gegen eine Stadtkreisgründung klagen könnte, die Stadt gegen eine Verweigerung ihres Ansinnens nicht. Andererseits kann die Stadt vom Landtag eine „ermessensfehlerfreie Entscheidung“ verlangen – was wiederum eine Klagemöglichkeit eröffnen kann.

Wie sind die Sympathien in den Fraktionen? In der CDU-Fraktion gibt es mehrheitlich eine Skepsis gegen die Stadtkreisgründung – es wird ein Erdrutscheffekt befürchtet. Eine Skepsis findet sich auch in der Beantwortung der Großen Anfrage durch das Innenministerium, mit wenig sachdienlichen Hinweisen à la Trennungen von Strukturen seien immer problematisch, dies zeige sich ja auch in der Industrie. Die grüne Fraktion ist ausdrücklich ergebnisoffen. Deshalb werden beide Regierungsfraktionen noch vor der Sommerpause eine öffentliche Anhörung im Landtag veranlassen, auf deren Basis sich dann viele Kolleg*innen entscheiden wollen.

Für mich geht es dabei nicht um die Form, sondern um Inhalte. Eine Stadtkreisgründung ist eine Möglichkeit, aber nicht zwingend, und sie hat, wie jede Strukturentscheidung, auch Nachteile. Unerlässlich ist für mich die Klärung von Problemstellungen, auf deren Beantwortung die Bürger*innen einen Anspruch haben.

Dazu nur drei Beispiele:

- Nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz könnte die Stadt eigenständiger örtlicher Leistungsträger sein. Der Landkreis verweigert dies.
 - Bei der Delegation, also nur teilweisen Aufgabenübertragung der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen vom Landkreis an die Stadt, werden die Sachausgaben erstattet - aber nur 75% der Verwaltungskosten, die der Landkreis hätte, wenn er die Aufgabe selbst voll wahrnehmen würde. Augenhöhe sieht anders aus.
 - Andererseits muss vorab zumindest eine Richtung erkennbar werden, wie die Entflechtung von Strukturen wie bei den Berufsschulen und den Kreiskliniken aussehen soll. Der Verweis auf den Regierungspräsidenten, der im Streitfall der „Schiedsrichter“ wäre, reicht da nicht.
- Unabhängig von der Entscheidung, die wir Grüne am liebsten noch vor der Sommerpause treffen wollen, ist eines klar: Vor der Kommunalwahl im Mai 2019 kann es keine grundlegende Veränderung mehr geben. Ob es eine für beide Seiten akzeptable Vermittlungslösung geben kann, steht in den Sternen. Bei einem Ja zur Stadtkreisgründung müsste es zum Umbau der Strukturen sachgerechte Übergangsfristen und Planungssicherheit geben – bis 2024 müsste nach meiner Einschätzung der Kreistag weiterhin in der bisherigen Zusammensetzung arbeiten. Und bei einem Nein ist ebenso wenig wie bei einem Ja gesichert, dass es kein juristisches Nachspiel gibt. Wenn also in diesem Sommer eine besondere Hitze in der Region spürbar ist, dann liegt das nicht nur am globalen Klimawandel.

Thomas Poreski, Landtagsabgeordneter im Wahlkreis 60 Reutlingen

Kommunalpolitischen Vereinigung der Grünen im Land: Cindy Holmberg in den Vorstand gewählt

Die Mitglieder der kommunalpolitischen Vereinigung der Grünen in Baden-Württemberg (Grüne und Alternative in den Räten, GAR) haben mich bei ihrer Jahreshauptversammlung in Stuttgart in ihren Vorstand gewählt. Dort bin ich Teil eines sechsköpfigen Vorstandsgremiums. Grün regiert seit 2011 erfolgreich und nachhaltig. Die Umfragewerte sind unverändert hoch. Für die anstehende Kommunalwahl ist es wichtig, dass diese guten Umfragewerte auch Einzug in die Kommunalparlamente finden. In der kommunalpolitischen Vereinigung der Grünen engagieren sich Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, Kreisrätinnen und Kreisräte, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und Oberbürgermeister der Grünen. Ich habe vier Jahre dem Gemeinderat in Reutlingen angehört und bin seit fast 10 Jahren Mitglied im Kreistag Reutlingen. Insgesamt verfügen die Grünen und grünnahen Listen über 1660 Mandate in den Gemeinderäten und Kreistagen von Baden-Württemberg.



Frauenpolitischen Frühstück

Termin und Ort: Samstag, den 12.5., um 10 Uhr, im Grünen Büro in Reutlingen, Gartenstr. 18

Die Veranstaltung ist als ein lockeres Zusammentreffen gedacht und bietet Raum für unkomplizierten Austausch und Erfahrungsberichte, bei denen man sich einfach mal ein Bild machen kann, wie z.B. die Arbeit in einem kommunalpolitischen Gremium aussieht und auf welche spezifischen Herausforderungen Frauen dabei treffen können.

Wir haben das Glück, dass gleich mehrere Frauen aus unterschiedlichen politischen Gremien an dem Vormittag dabei sein können, um ihre Erfahrungen und Einschätzungen mit uns zu teilen, u.a.:

Beate Müller-Gemmeke, MdB; Cindy Holmberg, Kreisrätin und Mitglied im Landesvorstand der Grüne und Alternative Räte in der Kommunalpolitik; Gabriele Janz, Gemeinderätin und Fraktionssprecherin in Reutlingen; Grüne Jugend; Heide Schnitzer, Ortsvorsteherin und Ortschaftsrätin. (Sortierung alphabetisch)

Wenn Ihr interessierte Frauen kennt, freuen wir uns wenn ihr diese Einladung weiterleitet oder diese Frauen am Besten gleich mitbringt.

Anmeldungen unter KV.Reutlingen@gruene.de oder 07121/372677 sind möglich aber nicht zwingend notwendig.

Wir fordern faire Beschaffung im Landkreis Reutlingen

Am 24. April 2013 stürzte das *Rana Plaza* Gebäude in Bangladesch ein. Im Gebäude waren mehrere Textilfirmen untergebracht. 1135 Menschen starben, 2348 wurden verletzt. „Die Schande von Rana Plaza“ (Die Zeit, 2014) warf ein grelles Licht auf die fehlende Unternehmensverantwortung entlang internationaler Lieferketten. Mit einem Nationalaktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte will die Bundesregierung internationale Sozial- und Umweltstandards für international tätige Unternehmen umsetzen. Bisher aber gibt es keine verbindlichen Sorgfaltspflichten für deutsche Firmen, wie sie von zivilgesellschaftlichen Organisationen gefordert werden. Zur Zeit sind gesetzliche Sorgfaltspflichten darauf beschränkt, KonsumentInnen vor Schäden zu bewahren. Sie betreffen nicht das andere Ende der Produktions- und Lieferkette. Eine umfassende gesetzliche Verankerung menschenrechtlicher Sorgfalt ist besonders notwendig da, wo Unternehmen in Staatsbesitz sind oder staatlich beauftragt werden.

An diesem Punkt kann globales Denken mit lokalem Handel auf der kommunalen Ebene verknüpft werden. Der ökologische Fußabdruck und faires Kaufverhalten von Konsumenten reichen nicht. Auch der Staat und die Privatwirtschaft sind in der Pflicht.

Von den zwischen 250 und 480 Milliarden Euro, die die öffentliche Hand jedes Jahr investiert, werden gut die Hälfte von den Kommunen ausgegeben. Das stellt eine nicht zu unterschätzende Marktmacht da. Die Stadt Reutlingen ist bereits seit 2012 FairTrade Town und hat mit einem Beschluss zur Beachtung ökologischer und sozialer Kriterien in der Beschaffung Maßnahmen ergriffen für eine faire, nachhaltige und soziale Beschaffung.

Die Grünen in Kreistag haben nun auch eine Anfrage zur fairen Beschaffung im Landkreis Reutlingen gestellt. Der Landkreis bekennt sich zu einer fairen Beschaffung, die den Ansprüchen seiner neuen Nachhaltigkeitsstrategie genügt. Danach heißt nachhaltig handeln, nicht auf Kosten von Menschen in anderen Regionen der Erde zu leben oder die Erfüllung der Bedürfnisse zukünftiger Generationen zu gefährden wie auch wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte gleichermaßen zu beachten. Laut den Zielen der Agenda 2030 muss die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllt werden. Für die öffentliche Hand muss dementsprechend die Mindestanforderung sein, eine faire Beschaffung, die ausbeuterische Kinderarbeit ausschließt und die Einhaltung der ILO Kernarbeitsnormen gewährleistet werden. Dies muss auch beispielsweise für die Beschaffung von IT-Produkten gelten.

Wir Grünen setzen uns für einen offenen, fairen und regelbasierten Welthandel im Dienst des Friedens und der nachhaltigen Entwicklung ein. Im Kreistag werden die Grünen KreisrätInnen weiterhin das Thema verfolgen und auf noch systematischere Beschaffungsprozesse drängen mit klar definierten Kriterien in der Markt- und Bedarfsanalyse, für den Auftragsgegenstand, Leistungsbeschreibung, Ausschlusskriterien und Eignungsprüfung.

David Allison für die Kreistagsfraktion

Unsere Alternative

Mit dieser Rubrik möchten wir den Begriff der „Alternative“ wieder positiv besetzen. Zu diesem Zweck stellen wir mit jedem neuen Kreisrundbrief ein Produkt oder ein Unternehmen vor, das eine grüne Alternative zum nicht-nachhaltigen Mainstream bietet.

Heute: E-Mail-Adresse.

Ein großer Teil der Kommunikation läuft inzwischen über das Internet. Die meisten Menschen verfügen über eine oder mehrere E-Mail-Adresse(n). Dabei drängen sich gleich mehrere Fragen auf: Wie geht das Internet-Unternehmen mit meinen Daten um? In welchem Umfang werde ich mit Werbung belästigt? Was macht das Unternehmen mit den Einnahmen? Wie wird die Energie erzeugt, die diese Dienstleistung ermöglicht? Wo ist der Firmensitz des Anbieters?... Mit „Posteo“ gibt es einen Berliner Anbieter, der hohe Datenschutzstandards hat, der Strom von Greenpeace Energy bezieht, komplett werbefrei ist, die Finanzen über die GLS-Bank regelt, regelmäßig an Umwelt-NGOs spendet... Also warum nicht wechseln zur grünen E-Mail-Adresse?

Aus der Arbeit der Reutlinger Gemeinderatsfraktion

Wie wollen ja nicht stöhnen, aber in den letzten Monaten hat uns die Fülle der Themen ordentlich herausgefordert. Der Luftreinhalteplan hat dabei einen wesentlichen Teil eingenommen. Die Arbeit hat uns die städtische Gemeinderatsvorlage erschwert, die einen Mix aus Zustimmung zur den Vorschlägen aus dem Regierungspräsidium aufgenommen hat und dann aber Einschränkungen vor allem in den Zeitvorgaben zur Umsetzung des geplanten Ausbaus des Radwegenetzes und des Fußverkehrs vorgeschlagen hat.

Wir haben uneingeschränkt die Maßnahmen des Regierungspräsidiums befürwortet.

Wir haben uns auch darüber empört, dass Oberbürgermeisterin Bosch ohne jede Rücksprache mit dem Gemeinderat, es abgelehnt hat, sich als Modellstadt für eine kostenlose Nutzung des Busverkehrs zu bewerben. Wir sehen hier eine vertane Chance, eine wirkliche Verkehrswende in Reutlingen ein zu läuten! Es bleibt dabei, auf das Urteil des Verwaltungsgerichts zu reagieren, darüber hinaus dümpeln der Masterplan Radwege vor sich hin, verkehrsberuhigende Maßnahmen wie in der Oststadt lassen auf sich warten.

Unser Schwerpunkt liegt auf dem Ausbau des Umweltverbundes – Reutlingen hat dieses in den letzten 16 Jahren verschlafen und so leiden wir heute immer noch unter zu viel Autoverkehr.

Termin vormerken

Fahrrad-Demonstration 2018

**Fr., 13. Juli, 18.00 Uhr,
Stadthalle**

B'90/DIE GRÜNEN

Zwei große Baugebiete sind mit Satzungsbeschluss auf den Weg in die Realisierung gebracht worden. Dem sogenannten Bihlerareal an der Peter-Rosegger-Straße/Hans-Reying-Straße konnten nicht alle von uns zustimmen – einen von uns geforderten Baumhain ohne jede Reduzierung der geplanten Wohneinheiten und der Erhalt eines gewachsenen Busch- und Baumbestandes hat weder die Verwaltung aufgegriffen noch eine Mehrheit im Gemeinderat gefunden. Leider ist der Naturschutz und die Wichtigkeit von einem dauerhaften Baumbestand noch immer nicht wirklich angekommen! Dagegen konnten wir alle gut der Planung am Schieferbuckel zustimmen. Hier sehen wir eine ausgewogene Beachtung von Naturschutz, Grünzügen und einladenden öffentlichen Flächen gegeben. Es sollen Wohnungen für alle Bevölkerungsgruppen entstehen, Bauherrengemeinschaften werden ermöglicht. Ein Novum in Reutlingen! Unser Antrag zur Entwicklung des Geländes um die Reithalle, bisher an die Firma Bosch als Parkplatz vermietet, liegt bei der Stadtverwaltung. Hier könnte zügig eine Wohnbebauung umgesetzt werden, um Menschen mit einem geringen Einkommen ein Wohnungsangebot machen zu können.

Unser erneuter Antrag zur Erstellung einer Baumschutzsatzung hängt noch in der Beratungsschleife – es sollen Vertreter aus einer Stadt mit Baumschutzsatzung und einer Stadt ohne Baumschutzsatzung in den Bauausschuss geholt werden, erst dann wird über unseren Antrag entschieden. Leider braucht die Verwaltung auch schon wieder Monate, um die entsprechenden Leute einzuladen. Einen Erfolg hatten wir. Es wird auf unseren Antrag hin ein Ökokonto eingerichtet – allerdings liegt auch hier noch keine Konkretisierung von der Verwaltung vor.

In der Kindertagesbetreuung fehlen über 400 Plätze, und das wird noch die letzte Zahl sein! Für die Eltern ist es eine bittere Erkenntnis, dass sie ihre Lebensplanung nochmals überdenken und an die Not- oder Mangelsituation in Reutlingen anpassen müssen. Häufig muss die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit oder die Rückkehr in den Beruf hinausgeschoben werden.

Wir haben auf Grund dieser Situation zwei Anträge gestellt. Wir haben einen regelmäßigen Bericht über die aktuelle Mangelsituation im zuständigen Ausschuss gefordert – das ist allerdings von der Stadtverwaltung ohne Abstimmung im Gremium abgelehnt worden. In einem weiteren Antrag haben wir gefordert, endlich ein Gesamtkonzept zur Kinderbetreuung in der Stadt zu entwickeln. Dazu gehört ein Bündel an Maßnahmen, eine Kostenabschätzung und eine Zeitschiene, wann welche Maßnahme umgesetzt wird. Das Gesamtkonzept soll schließlich im Gemeinderat diskutiert und beschlossen werden.

Beide Anträge knüpfen an die Initiativen im Jahr 2017 an.

Wir haben die Stadtverwaltung kritisiert, dass sie neue Ansätze, wie einen Naturkindergarten (noch eine grüne Antragsinitiative von 2017), ablehnt und nicht selbst in die Hand nimmt. Die Stadt sieht dies als Aufgabe freier Träger, hält sich aber auch hier bei der Unterstützung einer sehr aktiven Initiative sehr zurück.

Für die nächsten Monate haben wir Treffen mit den Ortschaftsräten in den Bezirksgemeinden vereinbart. Wir werden im Juni zur Vorbereitung einer Strategieklausur des Gemeinderats zum Haushalt 2019/2020 einen Klausurtag mit unserem kommunalen AK haben. Wir haben im Juli bei der Agentur plus X in Ammerbuch einen Workshop zur Vorbereitung der Kommunalwahl vereinbart.

Wir sind immer offen, für Interessierte an unserer kommunalen Arbeit – gerne könnt ihr zu unseren Montagssitzungen kommen.

Gabriele Janz, Susanne Müller, Sabine Gross, Hans Gampe, Marcellus Kolompar, Holger Bergmann, Njeri Kinyanjui

Zu Palmers Aussagen über den schwarzen Radfahrer in Ulm

Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband Tübingen·Donnerstag, 3. Mai 2018

PRESSEMITTEILUNG Zu den Aussagen Boris Palmers über den schwarzen Radfahrer in Ulm

Anlässlich der Aussagen Boris Palmers über einen schwarzen Radfahrer in Ulm erklären der Kreisvorstand von Bündnis 90/Die Grünen, der Stadtvorstand des Grünen Stadtverbandes Tübingen, der Vorstand der Alternative n Liste e. V., der Bundestagsabgeordnete Christian Kühn und der Landtagsabgeordnete Daniel Lede Abal:

Wir distanzieren uns von den rassistischen Äußerungen des grünen Tübinger Oberbürgermeisters Boris Palmer. Seine Schilderung des Fehlverhaltens eines Radfahrers in Ulm und die durch ihn gleichzeitig vorgenommene herkunftsbezogene Zuschreibung und Wertung dieses Fehlverhaltens schüren Vorurteile.

Erst vor wenigen Wochen hat das Schwäbische Tagblatt darüber berichtet, dass sich die Stimmung gegenüber schwarzen Menschen in Tübingen stark verschlechtert hat. Durch seine Äußerungen trägt Boris Palmer dazu bei, dass schwarze Menschen und Asylbewerber pauschal stigmatisiert werden und das Klima gegen diese Gruppen vergiftet wird.

Wir sind der Überzeugung, dass ein Oberbürgermeister nicht spalten darf. Vielmehr muss er dafür sorgen, dass sich alle Menschen in seiner Stadt, wohl und willkommen fühlen ganz egal welche Herkunft oder Hautfarbe sie haben. Es darf nicht sein, dass Menschen unter Fremdenfeindlichkeit zu leiden haben. Wir wollen dass Tübingen eine weltoffene Stadt bleibt und auch als solche wahrgenommen wird.

Dass Boris Palmer rein vom Verhalten des Radfahrers mutmaßt, es handele sich um einen Asylbewerber, wurde bereits zurecht als rassistisch betitelt. Wenn er aber noch zusätzlich das Wohlverhalten von Deutschen mit weißer Hautfarbe, Deutschen mit nicht-weißer Hautfarbe und schwarzen Asylbewerbern hierarchisiert, dann ist das nicht nur rassistisch, sondern auch eine Negierung des demokratischen Gleichheitssatzes.

Es ist ein Schlag ins Gesicht von Menschen mit Migrationshintergrund, wenn von ihnen verlangt wird, dass sie sich drei Mal besser zu verhalten hätten, wie Deutsche ohne Migrationshintergrund. Damit wird Integration nicht gefördert, sondern behindert.

In den vergangenen Jahren hat sich die Stimmung gegenüber Minderheiten sowohl in Europa, als auch den USA massiv verschlechtert. Überall arbeiten populistische, rechtsgerichtete Parteien und Bewegungen daran die Grenzen des Sagbaren zu verschieben. Wir lassen es nicht zu, dass unsere Werte des Grundgesetzes und der Menschenrechte auf diese Weise untergraben werden.

Deshalb erwarten wir von Boris Palmer, dass sich zu den Worten aus der Präambel unseres grünen Grundsatzprogramms bekennt: „Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch mit seiner Würde und Freiheit. Die Unantastbarkeit der menschlichen Würde ist unser Ausgangspunkt.“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,

Kreisverband Reutlingen

Kreisgeschäftsführerin: Hanne Krönke

Gartenstr. 18, 72764 Reutlingen

Telefon: 07121 / 37 26 77

E-Mail: kv.reutlingen@gruene.de

Internet: www.gruene-reutlingen.de

Kreisvorstand

Cindy Holmberg

E-Mail: contactme@acholmberg.de

Ana Sauter

E-Mail: Ana.Sauter@t-online.de

Timo Heimberger

E-Mail: Timo.Heimberger@posteo.de

David Allison

E-Mail: david.allison@gruene-badurach.de

Rudolf Sommer (Kreiskassierer)

E-Mail: sommerurft@aol.com

Erweiterter Kreisvorstand:

Friedrich Buck

E-Mail: friedrich-buck@web.de

Susanne Häcker

E-Mail: Susanne.Haecker@yahoo.de

Andreas Jannek

E-Mail: A.Jannek@yahoo.de

Christiane Nissen

E-Mail: Chr.Nissen@web.de

Thomas Poreski

E-Mail: Thomas.Poreski@yahoo.de

Ortsverband Bad Urach

Stefan Friesch

E-Mail: friesch_goetz@freenet.de

Ortsverband Metzingen

Friedemann Salzer

E-Mail: FriedemannSalzer@hotmail.de

Ortsverband Mittlere Alb

Heike Schmidt-Scheub

E-Mail: scheub@t-online.de

Timo Heimberger

E-Mail: Timo.Heimberger@web.de

Ortsverband Pfullingen

Michael Hagel

E-Mail: mail@michael-hagel.de

Ortsverband Reutlingen

Ana Sauter

E-Mail: Ana.Sauter@t-online.de

Cindy Holmberg

E-Mail: contactme@acholmberg.de

OV Walddorfhäslach/Pliezhausen

Frank Baude

E-Mail: Frank_baude@t-online.de

OV Wannweil

Joachim Hespeler

E-Mail: info@gaertneri-hespeler.de

Rudolf Sommer

E-Mail: sommerurft@aol.com

MandatsträgerInnen (Ansprechpartner*innen)

Bundestag

Beate Müller-Gemmeke MdB

beate.mueller-gemmeke@bundestag.de

HP: www.mueller-gemmeke.de

Landtag

Thomas Poreski MdL

Thomas.Poreski@gruene.landtag-bw.de

HP: www.thomasporeski.de

Kreistagsfraktion

Hans Gampe

E-Mail: Hans.Gampe@t-online.de

Gemeinderat Bad Urach (GAL)

Markus Vogel, marcus@vogelweb.info

Gemeinderat Eningen (GAL)

Annegret Romer, gege-romer@gmx.de

Gemeinderat Lichtenstein (Offene Grüne Liste)

Arnold Sendler, schmid-sendler@t-online.de

Gemeinderat Metzingen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Elke Haubold-Schüle, haubold-schuele@web.de

Gemeinderat Münsingen (Bündnis 90/Die Grünen)

Nina Speidel, nina-speidel@gmx.de

Ortschaftsrat Neuhausen

Klaus Rümmelin, klaus.ruemmelin@datalogic.com

Gemeinderat Pfullingen (GAL)

Sigrid Godbillon, sigrid.godbillon@gal-pfullingen.de

Gemeinderat Pliezhausen (Kommunale Liste

Umweltbewusster Bürger)

Wolfgang Wermke, info@ra-wermke.de

Gemeinderat Reutlingen (GuU)

Rainer Buck, rainer.buck@gruene-unabhaengige-rt.de

Ortschaftsrat Betzingen (GuU)

Friedemann Rupp, friedemann.rupp@gruene-unabhaengige-rt.de

Ortschaftsrat Ohmenhausen (GuU)

Heide Schnitzer, heide.schnitzer@web.de

Gemeinderat Walddorfhäslach (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

René Maurer, renefritz@web.de

Gemeinderat Wannweil (GAL)

Christoph Treutler, treutler@cpo-treutler.de

IMPRESSUM

Herausgeber:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Reutlingen

Gartenstr. 18

72764 Reutlingen

KV.Reutlingen@gruene.de

Telefon: 07121 / 37 26 77 Fax: 07121 / 37 26 78

Redaktion und V.i.S.d.P.: Susanne Häcker

Gestaltung: Susanne Häcker

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht,

Belegexemplare bitte an die Redaktion

Bankverbindung: Konto-Nr. 44891, BLZ 640 500 00, KSK Reutlingen